

Comic-Roman
„Sechs aus 49“:
Die neue Episode



Allgemeine
eton

Frankfurt 7°



Freitag, 15.
Februar 2015

VIDEO

THEMEN

BLOGS

ARCHIV

Home Feuilleton Forschung und Lehre Erpresserische Preispolitik: Leipzig lässt die Verhandlung mit dem Großverlag...
WISSEN REISE BERUF & CHANCE RHEIN-MAIN

Wissenschaftliche Großverlage

Es gibt keine andere Erklärung als Gier

Antwort auf erpresserische Preispolitik: Die Universität Leipzig lässt die Verhandlungen mit dem Großverlag Elsevier scheitern. Ihr Direktor Ulrich Johannes Schneider erklärt im Interview die Gründe.

14.02.2015



© PRIVAT



Mut zum riskanten Schritt: Prof. Ulrich Johannes Schneider, Direktor der Universitätsbibliothek Leipzig

Herr Schneider, die Universität Leipzig hat gerade die Lizenzverhandlungen mit dem Großverlag Elsevier abgebrochen. Was war der Grund?

Ulrich Johannes Schneider: Es lag an den überhöhten Preisforderungen von Elsevier. Wir bekamen einfach kein befriedigendes Angebot für einen neuen Vertrag.

Um welche Zeitschriften und Preisforderungen ging es?

Insgesamt ging es um dreihundert Zeitschriften, darunter Spitzenzeitschriften, die für die Forschung unerlässlich sind. Wir haben den Preis pro Download angesetzt und versucht, uns mit Elsevier auf eine vernünftige Summe zu einigen. Elsevier hat sich auf unsere Forderungen aber nicht eingelassen. Seine Durchschnittspreise lagen so hoch, dass sogar ein Dokumentenlieferdienst billiger gewesen wäre. Wir hatten das Gefühl, dass Elsevier einfach einen bestimmten Betrag haben wollte, ganz unabhängig vom inhaltlichen Angebot.

Wie kommen Leipziger Wissenschaftler jetzt an die Zeitschriften?

Wir müssen tatsächlich über Dokumentenlieferdienste operieren, die einzelne Aufsätze beschaffen. Das ist umständlicher, für uns aber momentan preiswerter.

Es heißt, eine einzelne Zeitschrift kostet bei Elsevier bis zu 21 000 Euro. Wie kommt es zu den hohen Summen?

Gier. Es gibt keine andere Erklärung. Die Gewinnmargen von Elsevier sind bekannt. Sie lagen in den vergangenen Jahren bei rund dreißig Prozent. Das ist Geldschneiderei.

Die Zeitschriftenaufsätze werden von öffentlich finanzierten Wissenschaftlern geschrieben, begutachtet und meist auch redaktionell betreut. Wo liegt der Beitrag des Verlags?

Das lässt sich schwer einschätzen. Es stimmt natürlich, dass die Wissenschaftler weitgehend unentgeltlich mitwirken. Außer dem Drucken und Binden hat der Verlag wenig Arbeit, bei elektronischen Publikationen - und um die ging es in unseren Verhandlungen ausschließlich - gilt das entsprechend. Trotzdem beobachten wir, dass die Zeitschriften ohne erkennbare Qualitätsverbesserung in einem enormen Maße teurer werden. Das

kann nur an einer Steigerung der Gewinnmarge liegen.

Vor drei Jahren gab es weltweiten Protest von Wissenschaftlern gegen die Preispolitik der Großverlage. Hat sich danach etwas verändert?

Nicht wirklich.

Wird Open Access die Lage bessern?

Open Access ist zwar im Aufwind, auf absehbare Zeit wird sich die Situation aber nicht grundlegend verändern. Man erwartet von Open Access immer große Kosteneinsparungen. Aber auch dieser Publikationsweg braucht eine Infrastruktur und wird etwas kosten. Bisher ist Open Access kaum gewinnorientiert. Es gibt inzwischen aber auch kommerzielle Verlage mit Open-Access-Journalen. Wie lange Open Access kostengünstig bleibt, ist jetzt noch nicht zu sagen.

Open-Access-Zeitschriften fehlt bisher das Prestige, um Bibliotheken von den Verlagszeitschriften unabhängig zu machen.

Man wird die Verlage auch weiterhin brauchen. Die Funktion der Verleger, das Feld der Publikationen zu filtern und in Kooperation mit den Wissenschaftlern Standards zu definieren, kann nicht einfach wegdelegiert werden. Allerdings gilt: Die Monopolisten unter den Verlegern sind gerade dabei, dieses Kooperationsverhältnis zu zerstören. Eine sehr ungute Entwicklung.

Als Erleichterung für die Verhandlungen mit Großverlagen werden oft National- und Allianzlizenzen ins Spiel gebracht. Was hat es damit auf sich?

Bei Nationallizenzen verhandelt eine zentrale Stelle wie die DFG die Gebühren für bestimmte Medienangebote aus, die überall gebraucht werden. Bei Allianzlizenzen werden die Medien zentral eingekauft und dezentral von den Universitäten nach Bedarf bezahlt. Beide Modelle sind durchaus eine Option. Das Problem mit den Großverlagen haben ja wirklich alle Universitätsbibliotheken, auch wenn nicht alle so radikale Schritte

gehen wie wir. Würden die äußerst mühevollen Einzelverhandlungen der 250 deutschen Hochschulbibliotheken von einer zentralen Institution geführt, die zudem eine viel größere Verhandlungsmacht hätte, würde das alles viel einfacher machen. Es gibt dazu einen Vorstoß in der Hochschulrektorenkonferenz.

Das Gespräch führte **Thomas Thiel**.

Quelle: F.A.Z.

[Zur Homepage](#)

Themen zu diesem Beitrag: [Universität Leipzig](#) | [Alle Themen](#)

Kurse und Finanzdaten zum Artikel: [Reed Elsevier](#)

Hier können Sie die Rechte an diesem Artikel erwerben

Weitere Empfehlungen

Die lange Nacht von Minsk

16 Stunden für ein bisschen Frieden

Die Staats- und Regierungschefs aus Russland, der Ukraine, Deutschland und Frankreich haben in 16-stündigen Beratungen eine Waffenruhe für die Ostukraine vereinbart. Das Protokoll einer langen Nacht. [Mehr](#)

12.02.2015, 12:30 Uhr | Politik



Außenministertreffen in Wien

Atomgespräche unterbrochen

Die Verhandlungen im Atomstreit mit dem Iran sollen bis zum Montag abgeschlossen werden, sind aber offenbar festgefahren.

[Mehr](#)

21.11.2014, 16:36 Uhr | Politik



FAZ.NET-Tatortsicherung

Freddy und die drei Affen

Im Kölner Tatort: Freddy tanzt wollen die Zeugen keine gewesen sein. Der Kriminologe Thomas Feltes über den Zusammenhang von Anonymität, fehlender Empathie und Angst in unserer Gesellschaft.

[Mehr](#) Von ACHIM DREIS

01.02.2015, 21:45 Uhr | Feuilleton



Trailer

Scorseses The Wolf of Wall Street

Martin Scorseses Film The Wolf of Wall Street ist genauso hemmungslos brillant inszeniert, wie die

Gier obszön ist, die er zeigt. [Mehr](#)
07.11.2014, 15:44 Uhr | Gesellschaft



Freihandelsabkommen

Die Angst frisst TTIP auf

Das Chlorhühnchen und die Schiedsgerichte haben TTIP nicht gutgetan. Aus Furcht davor lehnen viele Deutsche das geplante Freihandelsabkommen jetzt in Gänze ab. Was spricht nochmal dagegen - und was dafür? [Mehr](#) Von TILLMANN NEUSCHELER
06.02.2015, 11:43 Uhr | Wirtschaft



Frankfurter Allgemeine

© Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH 2001 - 2015
Alle Rechte vorbehalten.